
Politik

Artikel aus der
Stuttgarter Zeitung
vom 23.08.2007

Zwei Drittel der Mittel gegen rechts gehen in den Osten

Bundesregierung gibt 24 Millionen Euro im Jahr für ihr Präventionsprogramm aus - Mobile Beratungsteams nur noch als Feuerwehr

[\[«« zurück\]](#)

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz ist dem Bund 24 Millionen Euro jährlich wert. Mit dem neuen Förderprogramm ist aber nach Ansicht von Kritikern gerade die Arbeit in Problemgebieten schwieriger geworden.

Von Katja Bauer, Berlin

Der Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse (FDP), hat keine Probleme mit Fremdenfeindlichkeit. Die gibt es nämlich seiner Ansicht nach in seiner Stadt nicht. Erst gestern erklärte der Politiker seine Sicht: "Ausländer raus", so ein Spruch könne doch jedem mal über die Lippen kommen.

Für Kommunen wie Mügeln hat die Bundesregierung - etwas überspitzt gesagt - die Bekämpfung des Rechtsextremismus schwerer gemacht als früher. Der Grund dafür liegt in einer geänderten Finanzierung. Ende 2006 liefen die bisherigen Förderprogramme aus. Über die Neuordnung wurde lange diskutiert, Kürzungen erst kurz vor Schluss abgewendet. Am Ende stellte die Regierung fest, dass der Handlungsbedarf sich nicht verringert habe. "Dies belegen die Verfassungsschutzberichte, die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien sowie neuere Studien."

Heraus kam das neue Präventionsprogramm "Vielfalt tut gut", für das mit 19 Millionen Euro im Jahr der gleiche Betrag ausgegeben wird wie bis jetzt. Unterstützt werden lokale Bündnisse und Modellprojekte. Aber die geänderte Antragspraxis brachte Kritiker zum Aufschreien: Seit dem 1. Januar können einzelne Initiativen oder Vereine praktisch fast keine Anträge mehr stellen. Das Sagen haben die Kommunen als Antragsteller. Das Familienministerium argumentiert, die Erfahrungen hätten gezeigt, dass "in vielen Fällen die Verankerung vor Ort gefehlt" habe. Aber Kritiker bemängeln die Regelung. "Wenn ein Bürgermeister - so wie zum Beispiel in Mügeln - kein Problem in seiner Gemeinde erkennt, dann wird er sich gar nicht erst um eine Projektförderung bewerben", sagt die grüne Bundestagsabgeordnete Monika Lazar. Nur in Gemeinden, die bereits problembewusst sind, wird also überhaupt eine Arbeit möglich. "Und der Bürgermeister in Mügeln sieht kein Problem." Freie Träger können im Alleingang höchstens ein Modellprojekt starten. "Und dann müssen sie sich eine hohe Kofinanzierung suchen", sagt Lazar.

Kritisiert wurde auch, dass die in der Vergangenheit sehr erfolgreichen "mobilen Beratungsteams Rechtsextremismus" in dem neuen Programm nicht berücksichtigt werden. Die Teams helfen Lehrern, Schulen, Kommunalpolitikern, Vereinen und anderen Gruppen ganz konkrete Strategien zu entwickeln. Für diese Arbeit wurde nun Mitte des Jahres ein Zusatzprogramm in Höhe von fünf Millionen Euro aufgelegt. Auch hier bemängeln Kritiker die Kriterien. Die Beratungsteams, die bisher kontinuierlich in einer bestimmten Gegend aktiv waren, als Anlaufstelle dienten und auch langfristige Aufgaben übernehmen, sollen künftig eine Art "Feuerwehr" sein. Der Bund nennt das "anlassbezogene Intervention". Ein solches Team sei bereits in Mügeln gewesen, so das Ministerium.

Insgesamt haben sich 216 Kommunen beworben, 90 davon werden gefördert, zwei Drittel davon in den neuen Ländern. 360 Initiativen haben ein Modellprojekt vorgeschlagen, 90 wurden ausgewählt. Dabei geht es unter anderem um neue Konzepte für die Arbeit mit rechten Jugendlichen,

um Prävention bereits im Kindergartenalter oder um die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus. Dazu kommen weitere, von den Ländern finanzierte Projekte. Brandenburg beispielsweise finanziert sein eigenes Beratungsteam und ist damit vorbildlich. Beim Arbeitsministerium ist das Programm "Xenos" angesiedelt, das Toleranz auf dem Arbeitsmarkt fördern will.

23.08.2007 - aktualisiert: 23.08.2007, 06:19 Uhr

 nach oben

© 2007 Stuttgarter Zeitung online | Impressum | Leserbrief schreiben

URL dieser Druckversion:

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/1498867>

Original-Artikel:

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/1498867>